

MARIE-SOPHIE KELLER

MAXIMALE AUSBEUTUNG

DIE FATALEN AUSWIRKUNGEN DER PANDEMIE AUF
DIE INDISCHE BEKLEIDUNGS- UND TEXTILINDUSTRIE

Die sorgfältig verzahnten Rädchen der Weltwirtschaft kamen im Frühjahr 2020 von einem Moment auf den anderen zum Stillstand. Mit Ausbruch der globalen Covid-19-Pandemie reduzierten Textilunternehmen ihre Aufträge, setzten sie aus oder stornierten sie ganz. Die Zulieferfirmen in den Produktionsländern stoppten daraufhin Lohnzahlungen, entließen Arbeiterinnen oder schlossen Fabriken. Die Kosten der Pandemie wurden somit auf diejenigen abgewälzt, die ohnehin schon am stärksten von Armut und Existenznöten betroffen waren. Zwei Jahre später haben die meisten Länder die Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus wieder gelockert oder ganz aufgehoben. Dieser Text geht der Frage nach, ob dies zu einer Verschärfung der arbeits- und menschenrechtlichen Situation in der indischen Bekleidungs- und Textilindustrie geführt hat und welche Gegenstrategien den Arbeiterinnen zur Verfügung stehen.

PROFITMAXIMIERUNG DURCH INTERSEKTIONALE AUSBEUTUNG

Schlechte Arbeitsbedingungen sind integraler Bestandteil globaler Bekleidungs- und Textillieferketten. US-amerikanische und europäische Modeunternehmen verlagerten im Zuge der Globalisierung ihre Produktion größtenteils nach Süd- und Ostasien, um Produktionskosten zu senken. Infolge fortbestehender (post-)kolonialer Machtasymmetrien, hohen Preisdrucks, flexibler Vertragsverhältnisse, fehlender Transparenz sowie internationaler Gesetzeslücken hat sich ein fein kalibriertes System der Ausbeutung und Straflosigkeit etabliert.

Mit der Öffnung der indischen Wirtschaft in den 1990er-Jahren setzte ein explosionsartiges Wachstum des Bekleidungs- und Textilsektors ein. Seitdem findet eine sogenannte Feminisierung der Produktion statt: Die Firmen stellen vermehrt Frauen ein, die meist jung und alleinstehend sind sowie aus schwachen wirtschaftlichen und sozialen Kontexten kommen, insbesondere aus der untersten Kaste der Dalits und indigenen Communities wie den Adivasi.¹ Dies gilt insbesondere für die Produktionszentren Bangalore und Chennai, wo der Frauenanteil in den Fabriken zwischen 80 und 90 Prozent liegt.² Die bevorzugte Beschäftigung von Frauen steht im Zusammenhang mit der Zuschreibung vermeintlich weiblicher Attribute wie «flinker Finger», Gehorsamkeit und Kontrollierbarkeit.

«Das Patriarchat erstreckt sich auf die Bekleidungs- und Textilfabriken», so Prathibha Ramanath, Vorsitzende der Gewerkschaft Garment and Textile Workers Union (GATWU) in Bangalore.³ Die Bekleidungs- und Textilindus-

trie Indiens zeichnete sich bereits vor Ausbruch der Covid-19-Pandemie durch Löhne unterhalb des Mindestlohns, mangelhaften Arbeitsschutz und geringe Sozialleistungen, sexuelle Belästigung, Gewalt und Diskriminierung sowie hohen Arbeitsdruck und unzureichende Vereinigungsfreiheit aus.

LOCKDOWN UND DER ZUSAMMENBRUCH INTERNATIONALER LIEFERKETTEN

Am Abend des 24. März 2020 verkündete der indische Premierminister Narendra Modi von der regierenden Bharatiya Janata Partei (BJP) nur vier Stunden vor deren Inkrafttreten die weltweit umfassendste Ausgangssperre zur Abfederung der Pandemie.⁴ Laut dem Journalisten T. Venkat war der erste Schock nicht das Virus, sondern der Lockdown: «Das ganze System wurde über Nacht außer Betrieb gesetzt.»⁵

Da über 90 Prozent der indischen Wirtschaft auf informeller oder quasi-informeller Arbeit beruht, verloren Hunderte Millionen Menschen, überwiegend Wanderarbeiter*innen, ihre Erwerbstätigkeit und Lebensgrundlage. Staatliche Leistungen zur Kompensation des Einkommensverlustes waren völlig ungenügend bzw. nicht zugänglich. Vielen Wanderarbeiter*innen blieb daher nichts anderes übrig, als in ihre Heimatregionen zurückzukehren. Der Verhängung der Ausgangssperre folgte daher ein Exodus von schätzungsweise 140 Millionen Menschen.⁶ Weil die öffentlichen Verkehrsmittel ausfielen, mussten viele ihre Ersparnisse oder dafür aufgenommene Kredite in oft unsicheren Transport investieren, viele bestritten Hunderte oder gar Tausende Kilometer zu Fuß oder auf dem Fahrrad. Hunderte starben unter-

wegs bei Unfällen, aufgrund von Unterernährung oder aus Erschöpfung.

Vom pandemiebedingten Zusammenbruch internationaler Lieferketten war die Textilbranche in besonderem Maße betroffen: Die Zulieferung von Rohstoffen setzte ganz oder teilweise aus, die Nachfrage nach vielen Gütern brach ein, die Kosten für den internationalen Warentransport schossen in die Höhe. Um wirtschaftliche Verluste einzugrenzen oder gar Profite aus der Krise zu schlagen, begannen (die meist US-amerikanischen oder europäischen) Modekonzerne ihre Aufträge auszusetzen, zu kürzen oder komplett zu streichen. Laut einer Umfrage des indischen Verbands für Bekleidungs- exporteure (Apparel Export Promotion Council) verloren 83 Prozent der befragten Zulieferfirmen ihre Aufträge ganz oder teilweise. In mehr als zwei Drittel der Fälle zeigten die Modekonzerne keinerlei Bereitschaft zur Zahlung bereits bestellter Materialien, stattdessen verlangten sie in nahezu der Hälfte der Fälle zusätzlich Preisnachlässe.⁷

Zwar verabschiedete die BJP-Regierung eine Verordnung zur Auszahlung von Löhnen auch während des landesweiten Lockdowns, in der Bekleidungs- und Textilindustrie wurde das jedoch nicht umgesetzt. Berechnungen der Kampagne für Saubere Kleidung zufolge wurden Bekleidungs- und Textilarbeiterinnen in Tiruppur und Bangalore allein in den ersten drei Monaten der Pandemie mehr als 170 Millionen Euro an Lohnzahlungen vorenthalten.⁸ Hinzu kam, dass viele Fabriken in den ersten Monaten der Pandemie temporär oder permanent geschlossen wurden. Vor allem kleinere Firmen mussten den Betrieb aufgrund von ausbleibenden Bestellungen dauerhaft einstellen, was die Marktkonzentration weiter verschärft hat.

Einige Unternehmen nutzten die Pandemie als Vorwand, um wenig lukrative oder stark gewerkschaftlich organisierte Standorte zu schließen. Allein in Bangalore wurden laut einer GATWU-Studie mindestens 9 von 25 untersuchten Fabriken geschlossen, wodurch rund 7.200 Arbeiterinnen ihre Arbeitsstelle verloren. Gewerkschaftlich organisierte, weniger leistungsfähige oder ältere Arbeiterinnen waren von den Entlassungen besonders häufig betroffen. Die restlichen 16 Fabriken reduzierten die Anzahl ihrer Beschäftigten erheblich, hier wurden insgesamt 11.000 Arbeiterinnen entlassen. Insgesamt verloren zwischen 50 und 62 Prozent der Belegschaften in den untersuchten Fabriken ihren Arbeitsplatz.⁹ «Die großen Modemarken tragen eine große Schuld», kommentiert die GATWU-Vorsitzende Prathibha Ramanath.¹⁰ Modekonzerne wie Hennes & Mauritz (H&M), Tommy Hilfiger, Gap und Levi lehnen die Verantwortung für ausbleibende Lohnzahlungen, Fabrikschließungen oder Jobverluste indes ab, wie der Fall Gokaldas Exports in Srirangapatna zeigt (Fallbeispiel 1).

In vielen Fällen nötigte das Fabrikmanagement die Beschäftigten zur Kündigung, um gesetzliche Vorschriften zur Zahlung von Abfindungen und sonstigen Sozialleistungen zu umgehen. Dabei handelt es sich um ein bereits vor der Pandemie gern und oft genutztes Mittel, um Produktionsstätten schnell, günstig und außerrechtlich zu schließen. In Bangalore traf dies auf 85 Prozent der Kündigungen zu.¹¹ Die Unternehmensleitungen hatten den Arbeiterinnen implizit oder direkt gedroht. Oder sie setzten beispielsweise den zuvor zur Verfügung gestellten Bustransport zur Fabrik aus, wodurch die Anreise für viele Arbeiterinnen zu kostenaufwendig und eine Kündigung nahezu unumgänglich wurde.

Fallbeispiel 1: Gewerkschaftlicher Kampf gegen Fabrikschließung: Gokaldas Exports in Srirangapatna

Am 30. Mai 2020, um 5:30 Uhr morgens, wurden in der Textilfabrik des H&M-Zulieferers Gokaldas Exports in Srirangapatna alle Maschinen abtransportiert und die Türen verschlossen. Ohne Vorankündigung und ohne Genehmigung wurden die 1.257 Angestellten entlassen. Die Unternehmensleitung begründete diese Entscheidung mit der Pandemie. Da es sich bei der Fabrik in Srirangapatna um den einzigen gewerkschaftlich gut organisierten Standort von Gokaldas Export handelte, liegt hier jedoch der Verdacht von *Union Busting* (Gewerkschaftszerschlagung) nahe.

Die Arbeiterinnen widersetzten sich der rechtswidrigen Schließung und protestierten 58 Tage lang vor dem Fabrikgebäude. Trotz der Einschüchterungsversuche des Managements hielten sie ihren Kampf aufrecht. Weder Gokaldas Exports noch H&M reagierten auf die Proteste, bis die Gewerkschaft GATWU im Rahmen einer internationalen Kampagne mit der New Trade Union Initiative (NTUI) und IndustriALL Global Union weltweit Aufmerksamkeit auf den Fall lenkte.

H&M bestritt die Vorwürfe von Gokaldas Exports, Bestellungen storniert zu haben. Stattdessen inszenierte sich der schwedische Modekonzern als Mediator zwischen der indischen Zulieferfirma und der Arbeiterinnenvertretung. Schlussendlich unterzeichneten GATWU, NTUI, IndustriALL und Gokaldas Exports eine Absichtserklärung (Memorandum of Understanding), die die Wiedereinstellung der Arbeiterinnen in einer nahegelegenen Fabrik zusicherte und GATWU als Arbeiterinnenvertretung anerkannte. Bessere Arbeitsbedingungen sind an ihrem neuen Arbeitsplatz allerdings nicht zu erwarten.

FABRIKEN ALS SUPERSPREADER

Nach den extremen und anhaltenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen des ersten Lockdowns war es für die BJP-Regierung nicht möglich, in ähnlicher Weise auf die zweite Infektionswelle zu reagieren. Selbst Gewerkschaften sprachen sich zunächst gegen einen erneuten landesweiten Lockdown aus, um Arbeitsplätze zu sichern. Allerdings wurde Indien in besonderem Maße von der Delta-Welle eingeholt und verzeichnete im April 2021 die weltweit höchsten Infektionszahlen.¹²

Trotzdem blieben Bekleidungs- und Textilfabriken größtenteils in Betrieb. Zwar gab es staatliche Vorgaben, um Abstandsregeln in den Fabriken zu gewährleisten. Im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu durfte beispielsweise nur ein Drittel der Arbeitskräfte des Produktionsbereichs anwesend sein. Diese Regularien wurden jedoch nicht hinreichend auf ihre Umsetzung kontrolliert. In einigen Fabriken kam es zu hohen Ansteckungszahlen, die – wenn überhaupt – höchstens für wenige Tage geschlossen wurden. Die hohe Hospitalisierungsrate und viele Todesfälle unter Fabrikarbeiterinnen kehrten die Unternehmensleitungen stets unter den Teppich.

Andere Fabriken nahmen die staatlichen Schutzvorschriften zum Anlass, Produktionsstätten umzustrukturie-

ren. Während die Anzahl der Arbeiterinnen in der Fabrik reduziert wurde, blieben die Produktionsziele konstant oder stiegen sogar. Die Arbeiterinnen bekamen mehr Aufgaben und mussten bis zu 16 Stunden am Tag arbeiten. Überstunden wurden meist erzwungen und blieben unbezahlt, Toiletten- und Mittagspausen wurden regelmäßig verwehrt. «Bekleidungs- und Textilfabriken sind heute wie Gefängnisse», kommentiert Jayaram K. R., der als gewerkschaftlicher Rechtsberater in Bangalore tätig ist.¹³

Das gestiegene Arbeitspensum und -risiko spiegelt sich in den Löhnen nicht wider. Der Lohn lag in der indischen Textil- und Bekleidungsindustrie bereits vor der Pandemie unter den landesüblichen Mindestbestimmungen. Er betrug gerade mal ein Drittel von dem, was laut der Kampagne für Saubere Kleidung für eine Existenzsicherung und ein Leben in Würde nötig wäre.¹⁴ Durch den Preisdruck in der Pandemie wurden Löhne teilweise sogar gesenkt.

SEXUELLE BELÄSTIGUNG UND GEWALT ALS INSTRUMENTE ZUR PRODUKTIVITÄTS-STEIGERUNG

Um die hohen Produktionsziele zu erreichen, verstärken sich in der Bekleidungs- und Textilindustrie bereits etablierte Praktiken geschlechterspezifischer Gewalt und intersektionaler Diskriminierung. Als Instrumente der Kontrolle und des Drucks greift das mittlere und gehobene Management zu Mobbing, verbaler und physischer Gewalt sowie sexueller Belästigung. Es wird mit Kündigung gedroht, Arbeiterinnen werden mit Kleidungsbündeln beworfen, geschlagen oder mit dem Versprechen besserer Arbeitsbedingungen zu sexuellen Gefälligkeiten genötigt. Viele dieser Praktiken sind Indikatoren für Zwangsarbeit. Laut einer Studie des Business and Human Rights Resource Centre, in der auch Zulieferfabriken von C&A, Primark und VF Corporation untersucht wurden, bezeugten 100 Prozent der Befragten geschlechterspezifische Gewalt und Belästigung in den Fabriken (Fallbeispiel 2).¹⁵

Ein in Indien 2013 verabschiedetes Gesetz zum Schutz von Frauen vor sexueller Belästigung – der Protection of Women from Sexual Harassment Act (POSH) – legt fest, dass Fälle geschlechterspezifischer Übergriffigkeit und Gewalt durch ein fabrikinernes Komitee aufgeklärt werden müssen. Da diese Gremien jedoch meist vom Führungspersonal besetzt und kontrolliert werden, kommt es nur selten zur Aufklärung, geschweige denn zur Sanktionierung der Täter oder zu Präventionsmaßnahmen. Die von sexueller Belästigung betroffenen Frauen haben oft Angst vor Stigmatisierung und negativen Konsequenzen. In einem Fall in Karnataka soll ein solches Komitee die Beschwerde zweier Arbeiterinnen einer Bekleidungsfabrik für unbegründet befunden und sie dazu gezwungen haben, sich öffentlich bei dem Beschuldigten zu entschuldigen.¹⁶

GEFÄNGNISÄHNLICHE ARBEITS-UNTERKÜNFTE

Druck, Zwang und Gewalt werden nicht nur im Arbeitsalltag praktiziert, sondern auch in den Unterkünften, die den Arbeiterinnen zur Verfügung gestellt werden. Hier herrschen meist miserable Bedingungen vor. Aufseher*innen üben moralische und physische Kontrolle über die Arbeiterinnen aus und grenzen ihre Bewegungsfreiheit rechtswidrig ein, was immer wieder zu Vorwürfen moderner Sklaverei führt. Ein Bericht der Universität Bath belegt, dass Arbeiterinnen, die

Fallbeispiel 2: Strukturelle sexuelle Belästigung mit tödlichen Folgen: Natchi Apparel

Im Januar 2021 wurde die 20-jährige, aus der Kaste der Dalits stammende Näherin Jeyasre Kathiravel von ihrem Vorgesetzten in Natchi Apparel – einer von Eastman Exports Global Clothing geführten Fabrik in Tamil Nadu, die für H&M produzierte – vergewaltigt und ermordet. Die darauffolgenden Ermittlungen des Workers Rights Consortium (WRC) enthüllten eine durch Straflosigkeit ermöglichte, völlig ungehemmte Kultur verbaler und physischer sexueller Gewalt von männlichen, meist höherkastigen Vorgesetzten gegenüber den Näherinnen. Jeyasre Kathiravel war nicht das erste oder einzige Opfer. Mindestens zwei weitere Frauen sollen zwischen 2019 und 2020 in dieser Fabrik ermordet worden sein.

Als Reaktion auf den Skandal – nach einer internationalen Kampagne und langen Verhandlungen – unterzeichnete H&M zusammen mit Eastman Exports sowie der von Dalit-Frauen geführten Textilarbeiterinnengewerkschaft Tamil Nadu Textile and Common Labour Union (TTCL), der Asia Floor Wage Alliance (AFWA) und dem Global Labor Justice-International Labor Rights Forum (GLJ-ILRF) ein Abkommen gegen geschlechterspezifische Gewalt in der Wertschöpfungskette. Es verpflichtet das Fabrikmanagement in dieser Form erstmalig zu einem Nulltoleranz-Ansatz gegenüber sexueller Belästigung, Missbrauch und Gewalt in verbaler und physischer Form. Zudem wurden Gewerkschaftsmitglieder mit der Beaufsichtigung der Fabrik Natchi Apparel zum Schutz der Arbeiterinnen beauftragt. Wie erfolgreich das Übereinkommen umgesetzt wird, bleibt abzuwarten. Solange H&M jedoch von seiner Preispolitik nicht abrückt, ist absehbar, dass diese Schutzmaßnahmen unterminiert werden.

unter solch widrigen Umständen leben müssen, auch für Modeketten wie H&M, Gap und Next oder für deutsche Unternehmen wie Hugo Boss produzieren.¹⁷

Bei Ausbruch der Pandemie sollen Arbeiterinnen unfreiwillig in den Unterkünften festgehalten worden sein, um eine Rückkehr in ihre Heimatregionen zu verhindern und genügend Personal für die Aufrechterhaltung der Produktion zu sichern. Viele Spinnereien sollen der Gewerkschaft TTCU zufolge eine Unterbringung in den Arbeitsunterkünften sogar zur Bedingung für eine Neuanstellung gemacht haben. Als Grund schoben die Firmen vor, die Ansteckungsgefahr während der An- und Abreise verhindern zu wollen.¹⁸

Selbst während der Hochphase der Pandemie teilten die Arbeiterinnen in den Unterkünften Schlafsäle mit bis zu 16 Frauen. Es gab keinerlei Maßnahmen zur Einhaltung von Hygiene- oder Abstandsregelungen.

INDISCHER HINDUNATIONALISMUS BEFEUERT ABWÄRTSSPIRALE

Die Zunahme von Menschenrechtsverletzungen, der Abbau von Arbeitsstandards und die Verschärfung hierarchischer Geschlechterverhältnisse müssen auch im Lichte der hindunationalistischen Politik der BJP und des ihr nahestehenden faschistischen Freiwilligenkorps Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) betrachtet werden.

Bereits in ihrer Wahlkampagne 2014 versprach die BJP mehr Wirtschaftswachstum und Globalisierung. Kurz nach der Regierungsübernahme startete Narendra Modi die Initiative «Make in India», durch die das Land zum «globalen Produktionszentrum» werden sollte.¹⁹ «Die animalischen Instinkte der Wirtschaft sollen entfesselt werden», betonten Parteifunktionäre.²⁰ Die Wirtschaft wurde weiter liberalisiert und viele Sektoren privatisiert. Die lang angekündigte Reform des Arbeitsrechts wurde – in Form von vier im Oktober 2020 vom Parlament durchgewinkten Arbeitsgesetzen – während der Pandemie sowie im Windschatten der umstrittenen Agrarreform schließlich realisiert.

Im Zuge der noch bevorstehenden Implementierung dieser Gesetze sollen der Mindestlohn gesenkt und die Werkvertragsarbeit vereinfacht werden. Die bereits praktizierte Methode des «Hire and Fire» – also die Möglichkeit des Arbeitgebers, Beschäftigte kurzfristig einzustellen und wieder zu entlassen – soll noch einfacher werden. Neu gegründeten Betrieben werden Ausnahmeregelungen hinsichtlich Arbeitssicherheit, Gesundheitsvorkehrungen und Arbeitsbedingungen in Aussicht gestellt, solange sie wirtschaftliche Prosperität und Arbeitsplätze versprechen. Die Kompetenzen von Prüfer*innen sollen stark beschnitten werden. Auch Streiks sollen erschwert werden, indem sie künftig 60 Tagen vorher angekündigt werden müssen. «Den Arbeiter*innen wird erheblich Macht entzogen», kommentiert der Journalist Venkat T., «Gewerkschaften werden delegitimiert».²¹

Der Abbau gewerkschaftlicher Rechte ist eingebettet in die schrittweise Minimierung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume durch die BJP. Laut der World Alliance For Citizen Participation CIVICUS, einem globalen Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen, ist der zivilgesellschaftliche Raum in Indien inzwischen «unterdrückt».²² Amnesty International zufolge geht die indische Regierung mit ihren Gesetzesinitiativen nicht nur gegen Gewerkschaften, sondern auch gegen Nichtregierungsorganisationen, Aktivist*innen, Journalist*innen und all jene vor, die sich für die Rechte von Minderheiten einsetzen.

Die autoritär-hindunationalistische Hindutva-Ideologie der BJP und RSS sowie die medial polemisch und spalterisch propagierte Abgrenzung von den in Indien lebenden Minderheiten finden sich auch in den Produktionsstätten der Bekleidungs- und Textilfabriken wieder. Ein extremer Fall ist die verweigerte Wiedereinstellung von mindestens 50 muslimischen Arbeiterinnen in einer Fabrik in Gurgaon.²³ Die Diskriminierung von Minderheiten wie Muslim*innen, Dalits und der indigenen Adivasi sowie die Zuspitzung patriarchalischer Verhältnisse in der Fabrikhalle befeuern BJP und RSS mit ihrer Rhetorik.

Um dem systematischen Abbau von Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Rechten etwas entgegenzusetzen, benötigen die progressiven zivilgesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Kräfte Südasiens in ihren Kämpfen Unterstützung. In Deutschland und der EU muss ein viel stärkeres Bewusstsein für die Situation in Indien geschaffen werden. Die Bundesregierung verschließt bislang jedoch immer noch die Augen vor den autoritären Entwicklungen, um die Beziehung zum (geo-)strategischen Partner in Neu-Delhi zu stärken. Statt einer Politik der Beschwichtigung braucht es einen menschenrechtsbasierten Ansatz in der internationalen Zusammenarbeit.

SORGFALTPFLICHTEN ALS STARTSCHUSS FÜR EINE SOZIALÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION

Die Covid-19-Pandemie hat in der indischen Textil- und Bekleidungsindustrie einen arbeits- und menschenrechtlichen Erdbeben ausgelöst. Unternehmen nutzten die systemische Instabilität, um nationale wie internationale Standards zu umgehen und durch eine weitere Senkung von Produktionskosten Profite zu stabilisieren oder zu maximieren. Damit trugen sie wesentlich dazu bei, menschenunwürdige Arbeitsverhältnisse und patriarchalische Geschlechterverhältnisse zu verschärfen. Zugleich schieben sie die Verantwortung auf die Zulieferfirmen, das Rechtssystem des Produktionslandes oder die Pandemie ab.

Eine Chance im Kampf gegen die Straflosigkeit der Konzerne liegt in deren Verpflichtung, Arbeits- und Menschenrechte weltweit einzuhalten. Diese sogenannten menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten wurden erstmals in den Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen ausgearbeitet.²⁴ In der Bundesrepublik treten sie im Januar 2023 mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz in abgeschwächter Form in Kraft.

Am Gesetzgebungsprozess und an der Ausgestaltung des Gesetzestextes gibt es viel berechtigte Kritik. Problematisch sind insbesondere die Begrenzung der Sorgfaltsprüfung auf den direkten Zulieferer statt auf die gesamte Lieferkette sowie das Versäumnis, eine zivilrechtliche Haftung im Fall von Verstößen einzuführen.²⁵ Auch bleibt es den Unternehmen überlassen, wie sorgfältig die Arbeits- und Menschenrechte umgesetzt werden. Dennoch bietet das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz neue Handlungsspielräume und Möglichkeiten für Kollektivierungsprozesse. Die Ausweitung der sogenannten Prozessstandschaft ermöglicht nunmehr auch deutschen Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften, im Namen von Personen zu klagen, deren Rechte entlang der Lieferkette verletzt wurden. Um künftig zügig und flächendeckend auf Verstöße reagieren zu können, bedarf es aber der Intensivierung von internationaler Solidarität und einer stärkeren Vernetzung.

Auf internationaler Ebene ist eine dynamische Entwicklung verbindlicher unternehmerischer Sorgfaltspflichten zu beobachten, die möglicherweise zu einer Anpassung des deutschen Gesetzes führen könnte. So hat die EU-Kommission am 23. Februar 2022 ihren Vorschlag für eine Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit vorgelegt.²⁶ Die Verhandlungen der Vereinten Nationen über ein Abkommen für transnationale Unternehmen und Menschenrechte gehen im Oktober 2022 in die achte Runde. Diese Vorhaben sind noch nicht abgeschlossen. Emanzipatorische Ansätze können also noch stärker eingebracht werden. Dazu zählen beispielsweise die verpflichtende Beteiligung der Rechtsträger*innen, die Aufnahme gendersensibler Sorgfaltspflichten und umfangreichere Klagerechte.

Die gesetzliche Verankerung verbindlicher Sorgfaltspflichten für Unternehmen stellen Arbeiterinnen und ihren Vertretungen neue Werkzeuge zur Verfügung, um gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen in der Textil- und Bekleidungslieferkette vorzugehen. Hierbei darf jedoch keineswegs haltgemacht werden. Die Lage der indischen Textilarbeiterinnen wird sich erst dann grundsätzlich verbessern,

wenn ein Paradigmenwechsel hin zu einem bedarfsorientierten Welthandel auf der Grundlage von langfristigen, auf Vertrauen, Augenhöhe, Transparenz und sozialökologischen Grundsätzen basierenden Geschäftsbeziehungen vollzogen ist.

Marie-Sophie Keller ist Promotionsstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung und forscht zu den Genderdimensionen menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten. Im Rahmen eines Forschungsaufenthalts in Südindien im Frühjahr 2022 befragte sie Vertreter*innen lokaler Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen sowie Journalist*innen zur aktuellen menschenrechtlichen Situation in der Bekleidungs- und Textilindustrie.

1 Dasgupta, Meghna: Gender and Globalisation. An Analysis of the Garment Sector in India, in: *IMPACT. International Journal of Research in Humanities, Arts and Literature* 6/2019, S. 93–102. **2** Fair Wear Foundation: India Country Study 2016, unter: <https://api.fairwear.org/wp-content/uploads/2016/09/CS-India-2016.pdf>. **3** Interview Prathibha Ramanath [Vorsitzende GATWU], 19.4.2022, Bangalore. **4** Wadhawan, Julia: Coronavirus in Indien. Ausgangssperre für 1,37 Milliarden Menschen, *Zeit Online*, 31.3.2020, unter: www.zeit.de/politik/ausland/2020-03/coronavirus-indien-ausgangssperre-wanderarbeiter-virusbekämpfung-infektionsgefahr?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F. **5** Interview T. Venkat [Journalist], 14.4.2022, Chennai. **6** Misa, Pooja/Gupta, Jaya: Impact of Covid 19 on Indian Migrant Workers. Decoding Twitter Data by Text Mining, in: *Indian Journal of Labour Economics* 3/2021, S. 731–747. **7** Apparel Export Promotion Council: AEPC study. Impact of Covid on Indian Apparel Exports, Mai 2020, unter: <https://aepcindia.com/system/files/AEPC%20Covid%20Study%208%20May%202020.pdf>. **8** Die Kampagne für Saubere Kleidung ist ein Netzwerk aus zivilgesellschaftlichen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Organisationen, das sich für die Rechte der Arbeiterinnen in den Modelieferketten einsetzt. Kampagne für Saubere Kleidung: Un(der)paid in the pandemic. An estimate of what the garment industry owes its workers, 2020, unter: <https://saubere-kleidung.de/wp-content/uploads/2020/08/CCC-Report-Web-DEF.pdf>. **9** Shivanand, Swathi/Ramanath, Prathibha: Forced Resignations, Stealthy Closures. A study of losses faced by garment workers in Bengaluru during the COVID-19 pandemic, March 2021, abrufbar in Indien unter: altlawforum.org/wp-content/uploads/2021/03/English_GATWU_ALF_Forced-resignations.pdf, für eine Zusammenfassung, siehe [adnchronicles.org/2021/06/03/forced-resignations-stealthy-](http://adnchronicles.org/2021/06/03/forced-resignations-stealthy-closures/)

[closures/](http://adnchronicles.org/2021/06/03/forced-resignations-stealthy-closures/). **10** Interview Prathibha Ramanath [Vorsitzende GATWU], 19.4.2022, Bangalore. **11** Shivanand/Ramanath: Forced Resignations; für eine Zusammenfassung siehe adnchronicles.org/2021/06/03/forced-resignations-stealthy-closures/. **12** Vgl. Eschmann, Aurel: Ein Kampf ums nackte Überleben. Die indische Corona-Katastrophe, 19.5.2021, unter: www.rosalux.de/news/id/44318; Coronavirus. India becomes first country in the world to report over 4 lakh new cases on April 30, 2021, in: *The Hindu*, 30.4.2021, unter: www.thehindu.com/news/national/coronavirus-india-becomes-first-country-in-the-world-to-report-over-400000-new-cases-on-april-30-2021/article61817889.ece. **13** Interview Jayaram K. R. [gewerkschaftlicher Rechtsberater], 19.4.2022, Bangalore. **14** Kampagne für Saubere Kleidung: Tailored Wages 2019. The state of pay in the global garment industry, Juni 2019, unter: <https://cleanclothes.org/file-repository/tailoredwages-fp.pdf/>. **15** Business and Human Rights Resource Centre: Unbearable harassment. The fashion industry and widespread abuse of female garment workers in Indian factories, April 2022, unter: https://media.business-humanrights.org/media/documents/2022_GBvH_Briefing_final_je2K7Ei.pdf. **16** Interview Prathibha Ramanath [Vorsitzende GATWU], 19.4.2022, Bangalore. **17** Crane, Andrew/Soundararajan, Vivek/Bloomfield, Michael/LeBaron, Genevieve/Spence, Laura: Hybrid (un)freedom in worker hostels in garment supply chains, in: *Human Relations*, Februar 2022, unter: <https://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/00187267221081296>. **18** Asia Floor Wage Alliance: The emperor has no clothes. Garment supply chains in the times of pandemic, Mai 2020, unter: <https://asia.floorwage.org/wp-content/uploads/2022/01/The-Emperor-Has-No-Clothes-Issue-II-May.pdf>. **19** Webseite des Premierministers Narendra Modi: PM's Speech at Inauguration of Make in India Week, Mumbai, 13.2.2016, unter: https://www.pmindia.gov.in/en/news_updates/prime-ministers-speech-at-inauguration-of-make-in-india-week-mumbai/. **20** Für aktuelle Beispiele vgl. u. a. Premierminister Narendra Modi, in: *Financial Express*, 12.8.2021, www.financialexpress.com/industry/pm-modi-calls-on-india-inc-to-unleash-animal-spirits-and-boost-investments/2308952/ite/; Finanzministerin Nirmala Sitharaman, in: *Indian Express*, 21.2.2021, <https://indianexpress.com/article/business/economy/nirmala-sitharaman-urges-industry-to-unleash-animal-spirits-make-india-fastest-growing-economy-7196912/>. **21** Interview T. Venkat [Journalist], 14.4.2022, Chennai. **22** Vgl. die Länderseite zu Indien auf der Webseite von CIVICUS unter: <https://monitor.civicus.org/country/india/>. **23** Asia Floor Wage Alliance: The emperor has no clothes. **24** Vereinte Nationen: Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, 2011, dt. Version hrsg. von der Geschäftsstelle Deutsches Global Compact Netzwerk, 2. Aufl., Berlin 2014, unter: www.auswaertiges-amt.de/blob/266624/b51c16faf1b3424d7efa060e8aaa8130/un-leitprinzipien-de-data.pdf. **25** Siehe unter anderem die Kritik der Initiative Lieferkettengesetz, eines Zusammenschlusses aus über 100 zivilgesellschaftlichen Organisationen: Noch nicht am Ziel, aber endlich am Start. Was das neue Lieferkettengesetz liefert – und was nicht, Juni 2021, unter: https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2021/06/Initiative-Lieferkettengesetz_Analyse_Was-das-neue-Gesetz-liefert.pdf. **26** Europäische Kommission: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937, 23.2.2022, unter: https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:bc4dcea4-9584-11ec-b4e4-01aa75ed71a1.0007.02/DOC_18format=PDF.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 5/2022 erscheint online
und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Albert Scharenberg
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3171
Redaktionsschluss: September 2022
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit
der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben
und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.